

18.11.1985

Gesetzentwurf

der Landesregierung

ARCHIV

des Landtags Nordrhein-Westfalen

LEIHEXEMPLAR

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes
Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1986
(Haushaltsgesetz 1986)

Datum des Originals: 15.11.1985 /Ausgegeben: 04.12.1985

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 4000 Düsseldorf 1, Postfach 1143, Telefon (02 11) 88 44 39, zu beziehen.

2

G e s e t züber die Feststellung des Haushaltsplans des
Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushalts-
jahr 1986
(Haushaltsgesetz 1986)§ 1

Der diesem Gesetz als Anlage beigefügte Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1986 wird in Einnahme und Ausgabe auf

57 427 902 200 Deutsche Mark

festgestellt.

§ 2

(1) Der Finanzminister wird ermächtigt, zur Deckung der in den Spalten 2 und 3 der Anlage 2 aufgeführten Beträge des Haushaltsplans 1986 Kreditmittel bis zum Höchstbetrag von 7 186 500 000 DM aufzunehmen. Der Zeitpunkt der Kreditaufnahme ist nach der Kassenlage, den jeweiligen Kapitalmarktverhältnissen und den gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen zu bestimmen.

(2) Dem Kreditrahmen nach Absatz 1 wachsen die Beträge zur Tilgung von im Haushaltsjahr 1986 fällig werdenden Krediten zu, deren Höhe sich aus Nr. 4.21 der Finanzierungsübersicht ergibt.

(3) Die Kreditermächtigung nach Absatz 1 erhöht sich ferner insoweit, als die Darlehen aus Mitteln des Bundes, des Lastenausgleichsfonds, des ERP-Sondervermögens, der Bundesanstalt für Arbeit und sonstiger Stellen die im Haushaltsplan veranschlagten Beträge überschreiten.

(4) Der Finanzminister wird ermächtigt, Verpflichtungen der Wohnungsbauförderungsanstalt des Landes Nordrhein-Westfalen aus der Aufnahme von Darlehen bis zur Höhe von 490 000 000 DM auf das Land zu übernehmen.

§ 3

(1) Der Finanzminister wird ermächtigt, Bürgschaften zu übernehmen

- a) für Kredite an die Wirtschaft
und die freien Berufe bis zu
2 000 000 000 DM
- b) für Kredite an die Land- und
Forstwirtschaft bis zu 35 000 000 DM
- c) für Kredite an die Aktionsge-
meinschaft Deutsche Steinkoh-
lenreviere GmbH bis zur Hälfte
der von der Bundesrepublik
Deutschland übernommenen Bürg-
schaft, höchstens jedoch bis zu
50 000 000 DM

(2) Zur Übernahme von Bürgschaften auf Grund der Ermächtigungen in Absatz 1 bedarf es der Einwilligung des Haushalts- und Finanzaus-

schusses des Landtags; sie gilt für Ausfallbürgschaften im Rahmen der vom Haushalts- und Finanzausschuß des Landtags gebilligten Bürgschaftsrichtlinien des Landes Nordrhein-Westfalen für die Wirtschaft und die freien Berufe (SMBI. NW. 651) und der Bürgschaftsrichtlinien des Landes Nordrhein-Westfalen für Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe als allgemein erteilt.

Der Haushalts- und Finanzausschuß des Landtags ist zu informieren, wenn die Ablehnung eines Bürgschaftsantrages von über 2 000 000 DM beabsichtigt ist.

(3) Die Bürgschaften in Absatz 1 a und 1 b dürfen nur für Kredite übernommen werden, deren Rückzahlung durch den Schuldner bei normalem wirtschaftlichen Ablauf innerhalb der für den einzelnen Kredit vereinbarten Zahlungstermine erwartet werden kann. Der Haushalts- und Finanzausschuß des Landtags kann davon Ausnahmen zulassen, insbesondere zur Erhaltung von Arbeitsplätzen oder zur Stützung gewerblicher Unternehmen in strukturschwachen Gebieten. Ausnahmegenehmigungen gelten allgemein als erteilt für neue Bürgschaften zugunsten der Ruhrkohle AG in Höhe erfolgter Tilgungen auf Einbringungsforderungen und Kredite, die im Rahmen der bisherigen Ermächtigungen verbürgt worden sind.

(4) Der Finanzminister wird ermächtigt, Rückbürgschaften zugunsten der Kreditgarantiegemeinschaften in Nordrhein-Westfalen bis zu 200 000 000 DM zu übernehmen.

§ 4

(1) Der Finanzminister wird ermächtigt, zugunsten der Kernforschungsanlage Jülich GmbH eine Gewährleistungsverpflichtung des Landes nach § 14 Abs. 2 des Gesetzes über die friedliche Verwendung der Kernenergie und den Schutz gegen ihre Gefahren (Atomgesetz) vom 23. Dezember 1959 (BGBl. I S. 814) in der jeweils gültigen Fassung sowie nach § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 bis 6 der Verordnung über die Deckungsvorsorge nach dem Atomgesetz (Atomrechtliche Deckungsvorsorge-Verordnung) vom 25. Januar 1977 (BGBl. I S. 220) in der jeweils gültigen Fassung bis zu 10 vom Hundert des zur Erfüllung der Deckungsvorsorge festgesetzten Betrages, höchstens jedoch bis zu 106 000 000 DM, zu übernehmen.

(2) Der Finanzminister wird ermächtigt, der Aktionsgemeinschaft Deutsche Steinkohlenreviere GmbH sowie einzelnen gewerblichen Betrieben gegenüber Verpflichtungen zur Abdeckung von Bergschäden bis zur Hälfte der von der Bundesrepublik Deutschland für diese Zwecke eingegangenen Verpflichtungen, höchstens jedoch bis zur Gesamthöhe von 25 000 000 DM, im Rahmen der Richtlinien zu übernehmen.

(3) Der Finanzminister wird ermächtigt, im Interesse der Kapitalversorgung mittelständischer Unternehmen Garantien bis zu 5 000 000 DM für die Übernahme von Kapitalbeteiligungen zu übernehmen. Diese Garantien können auch als Rückgarantien gegenüber der Kreditgarantiegemeinschaften in Nordrhein-Westfalen übernommen werden.

(4) Der Finanzminister wird ermächtigt, im Interesse kleiner und mittlerer Unternehmen und Angehöriger freier Berufe Rückgarantien bis zu 500 000 000 DM für Gewährleistungen von Kreditinstituten für kleinere und mittlere Unternehmen und Angehörige freier Berufe im Rahmen von Geschäften außerhalb des Währungsgebietes der Deutschen Mark zu übernehmen, insbesondere für Bietungs-, Anzahlungs-, Lieferungs-, Leistungs- und Gewährleistungsgarantien.

(5) Der Finanzminister wird ermächtigt, beim Erwerb von Grundstücken aus Haushaltsmitteln bei Kapitel 11 040 Titel 821 10 und 821 20 die auf diesen Grundstücken ruhenden Verpflichtungen zur Abdeckung von Bergschäden bis zur Höhe von 50 000 000 DM zu übernehmen.

(6) Der Kultusminister wird ermächtigt, Verpflichtungen zur Abdeckung von Ersatzansprüchen aus der Dauerleihe folgender Bilder an die Stiftung Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen zu übernehmen: "Le Mandoliniste 1911" von Picasso bis zur Höhe von 14 500 000 DM, "White Flag" von Jasper Johns bis zur Höhe von 13 500 000 DM.

§ 5

Der Finanzminister wird ermächtigt, Kassenverstärkungskredite bis zur Höhe von 8 vom Hundert des in § 1 festgestellten Betrages aufzunehmen.

§ 6

(1) Innerhalb der einzelnen Kapitel sind die veranschlagten Ausgabemittel aller Titel der Gruppen 511 bis 527 und 546 der sächlichen Verwaltungsausgaben mit Einwilligung des Finanzministers gegenseitig deckungsfähig.

(2) Wird infolge eines unvorhergesehenen und unabsehbaren Bedürfnisses eine überplanmäßige oder außerplanmäßige Ausgabe erforderlich (Artikel 85 der Landesverfassung), so bedarf es eines Nachtragshaushalts nicht, wenn die Mehrausgabe im Einzelfall einen Betrag von 10 000 000 DM nicht überschreitet oder Rechtsansprüche zu erfüllen sind oder soweit Ausgabemittel von anderer Seite zweckgebunden zur Verfügung gestellt werden. Für überplanmäßige und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen gilt Entsprechendes, wenn die voraussichtlich kassenwirksam werdenden Jahresbeträge einen Betrag von 10 000 000 DM nicht überschreiten oder soweit Mittel von anderer Seite zweckgebunden zur Verfügung gestellt werden.

(3) Der Finanzminister kann zulassen, Bauland (§ 89 des II. Wohnungsbaugesetzes) für den sozialen Wohnungsbau bis zu 30 vom Hundert unter dem vollen Wert zu veräußern, wenn sichergestellt ist, daß innerhalb von drei Jahren seit Abschluß des Kaufvertrages der Baubeginn erfolgt. Der Wert der Grundstücke ist durch die zuständigen Gutachterausschüsse zu ermitteln. Der Finanzminister kann ferner zulassen, daß unbebaute und bebaute landeseigene Grundstücke den Studentenwerken - Anstalten des öffentlichen Rechts - zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben unentgeltlich übereignet werden.

Unterbleibt die Verwendung für den genannten Zweck, so ist das Eigentum an den Grundstücken zum Einstandspreis auf das Land zurückzuübertragen.

Vorstehende Bestimmungen gelten sinngemäß auch für die Bestellung von Erbbaurechten und das Überlassen von Nutzungsrechten.

(4) Die für den Ausbau von Wasserstraßen des westdeutschen Kanalnetzes des Bundes und der Weststrecke des Mittellandkanals benötigten Grundstücke sind auf Grund der am 14. September 1965 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Land Nordrhein-Westfalen getroffenen Regierungsabkommen dem Bund unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

(5) Nach § 63 Abs. 3 Satz 2 der Landeshaushaltsordnung wird zugelassen, daß vom Land entwickelte oder in dessen Auftrag erstellte ADV-Betriebs- und Anwenderprogramme (Software) unentgeltlich an juristische Personen des öffentlichen Rechts abgegeben werden, soweit Gegenseitigkeit besteht. Vertragliche Sondervereinbarungen im Rahmen einer Verbundentwicklung bleiben hiervon unberührt.

§ 7

(1) Die in den Erläuterungen zu den Titeln der Gruppen 422, 425, 426 und 429 bei den einzelnen Besoldungs-, Vergütungs- und Lohngruppen ausgebrachten Stellen für beamtete Hilfskräfte, Angestellte und Arbeiter sind verbindlich. Ebenfalls verbindlich sind die in den Erläuterungen zu Titel 422 20 ausgebrachten Stellen für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst; § 48 Abs. 2 Satz 1 der Landeshaushaltsordnung findet keine Anwendung.

Von der Verbindlichkeit sind Stellen für abgeordnete Beamte ausgenommen.

(2) Die nach § 20 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 a in Verbindung mit § 46 der Landeshaushaltsordnung zugelassene Deckungsfähigkeit gilt mit der Maßgabe, daß beamtete Hilfskräfte, Angestellte oder Arbeiter auf unbesetzten Planstellen, Angestellte oder Arbeiter auf

unbesetzten Stellen für beamtete Hilfskräfte und Arbeiter auf unbesetzten Stellen für Angestellte geführt werden dürfen, unabhängig davon, in welcher Höhe Ausgabemittel für unbesetzte Planstellen oder unbesetzte andere Stellen zur Verfügung stehen.

(3) Mit Ausnahme der für Teilzeitkräfte geltenden Regelung darf auf einer unbesetzten Planstelle oder unbesetzten anderen Stelle jeweils nur ein Bediensteter geführt werden. Darüber hinaus muß die Planstelle oder andere Stelle im Zeitpunkt der Inanspruchnahme durch die beamtete Hilfskraft, den Angestellten oder den Arbeiter gleich- oder höherwertig sein.

(4) Planstellen oder Stellen können für Zeiträume, in denen Stelleninhabern vorübergehend keine Dienstbezüge zu gewähren sind, für die Beschäftigung von Hilfs- und Aus- hilfskräften in Anspruch genommen werden. Dies gilt auch für die Dauer des Mutterschaftsurlaubs nach dem Gesetz zur Einführung des Mutterschaftsurlaubs vom 25. Juni 1979 (BGBl. I S. 797) und der Verordnung zur Änderung der Verordnung über den Mutterschutz für Beamtinnen im Lande Nordrhein-Westfalen vom 5. September 1979 (GV. NW. S. 550). Die vorstehende Regelung gilt nicht für Planstellen und Stellen ohne Besoldungsaufwand und für Planstellen und Stellen, auf denen Beamte, Angestellte oder Arbeiter geführt werden, die innerhalb der Landesverwaltung zu anderen Verwaltungszweigen (Kapiteln) abgeordnet sind oder abgeordnet werden.

(5) Der Finanzminister wird ermächtigt, für auf Grund des Gesetzes zur Änderung beamten- und richterrechtlicher Vorschriften vom 29. Oktober 1974 (GV. NW. S. 1068) beurlaubte Beamte und Richter Leerstellen einzurichten, soweit zu einer Neubesetzung der Planstellen ein unabweisbares Bedürfnis besteht. Entsprechendes gilt für Beurlaubungen von Beamten gemäß § 78 b Abs. 1 Nr. 1 Buchst. b) des Landesbeamtengesetzes oder von Richtern gemäß § 6 b Abs. 1 Nr. 2 des Landesrichter- gesetzes, jeweils in der Fassung des Vierten Gesetzes zur Änderung dienstrechtlicher Vor- schriften vom 18. Dezember 1984 (GV. NW. S. 800). In anderen Fällen wird der Finanzminister ermächtigt, mit Einwilligung des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtags für Beamte und Richter Leerstellen einzurichten.

(6) Der Kultusminister wird ermächtigt, mit Einwilligung des Finanzministers und des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtags abweichend von § 50 Abs. 2 Satz 1 der Landes- haushaltsordnung Planstellen für Lehrer, die als künftig wegfallend bezeichnet sind, innerhalb der Kapitel 05 310 bis 05 440 umzusetzen und sie als Zuschläge zur Grund- stellenzahl im Rahmen pädagogischer Notwen- digkeiten einzusetzen.

(7) Mit Einwilligung des Finanzministers und des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtags können

- a) zusätzliche Stellen für beamtete Hilfs- kräfte, Beamte auf Widerruf im Vorberei- tungsdienst, Angestellte und Arbeiter,

- b) bei den Titeln der Gruppen 425 und 426 zusätzliche Stellen für Auszubildende in privatrechtlichen Ausbildungsverhältnissen eingerichtet werden.

Mit Einwilligung des Finanzministers können zur Erfüllung tarifrechtlicher Ansprüche Stellenumwandlungen bei den Angestellten und Arbeitern vorgenommen werden.

Sofern eine Entscheidung des Haushalts- und Finanzausschusses nicht termingerecht eingeholt werden kann, können bis zu 100 Stellen für Auszubildende in privatrechtlichen Ausbildungsverhältnissen auch ohne Einwilligung des Haushalts- und Finanzausschusses eingerichtet werden.

(8) Der Finanzminister wird ermächtigt, zur Förderung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen Stellen für Angestellte und Arbeiter zusätzlich einzurichten. Diese Stellen dürfen nur im Rahmen der als förderungswürdig anerkannten Maßnahmen und nur für die Dauer der Zuweisung der Arbeitskräfte durch die Arbeitsverwaltung in Anspruch genommen werden.

Die anfallenden Vergütungen und Löhne sind bei einem Titel der Gruppe 427 nachzuweisen und aus Mitteln des Kapitels 14 020 Titel 427 70 zu decken.

(9) Der Minister für Wissenschaft und Forschung wird ermächtigt, mit Einwilligung des Finanzministers

- a) im Bedarfsfalle unbesetzte Planstellen für Professoren umzuwidmen,
- b) zur Sicherung von Lehre und Forschung und der Krankenversorgung Planstellen und Stellen sowie Personal-, Sach-, und Investitionsmittel an eine andere Hochschule, eine andere Medizinische Einrichtung oder in das Kapitel 06 020 Titelgruppe 65 umzusetzen.

§ 50 der Landeshaushaltsordnung bleibt im übrigen unberührt.

(10) Der Minister für Wissenschaft und Forschung wird ermächtigt, bei den Medizinischen Einrichtungen im Bedarfsfalle zusätzliche Stellen für Schwestern einzurichten, wenn und soweit die in den Erläuterungen zu den Wirtschaftsplänen der Medizinischen Einrichtungen vorgesehene Zahl der Gestellungsschwestern nicht zur Verfügung steht.

§ 7 a

(1) Besetzungssperren auf Grund des Haushaltsgesetzes 1985 bleiben bis zu deren Ablauf bestehen.

Am 1. Januar 1986 erstmals freie und im Laufe des Haushaltsjahres freiwerdende Planstellen und Stellen dürfen für die Dauer von sechs Monaten nicht besetzt werden.

Die unter die Besetzungssperre fallenden Planstellen können mit Einwilligung des Finanzministers zur Anstellung von Beamten auf Probe nach Ableistung der Probezeit in Anspruch genommen werden, sofern und soweit andere Planstellen nicht zur Verfügung stehen.

Im Bedarfsfalle dürfen gesperrte Stellen für beamtete Hilfskräfte zur Übernahme von geprüften Beamtenanwärtern nach Ableistung des Vorbereitungsdienstes verwendet werden.

Von der Besetzungssperre ausgenommen sind

- a) im Geschäftsbereich des Justizministers:
Stellen für Angestellte zur Übernahme von Auszubildenden nach bestandener Abschlußprüfung;
- b) im Geschäftsbereich des Kultusministers:
Planstellen und Stellen für Lehrer;
- c) im Geschäftsbereich des Ministers für Wissenschaft und Forschung:
Planstellen und Stellen der Medizinischen Einrichtungen Münster, Aachen und Düsseldorf sowie bei den übrigen Medizinischen Einrichtungen die Planstellen und Stellen, die der Krankenversorgung dienen, sowie die Planstellen und Stellen, die in die Feststellung der Ausbildungskapazität von Fächern mit erschöpfender Nutzung dieser Kapazitäten eingegangen sind;
- d) in allen Geschäftsbereichen:
Stellen für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst und für Auszubildende in privatrechtlichen Ausbildungsverhältnissen,
Stellen, die von Dritten voll finanziert werden,
Stellen zur Förderung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nach § 7 Abs. 8,
Planstellen und Stellen, die mit Schwerbehinderten besetzt werden,
Planstellen, die auf Grund von Maßnahmen nach § 78 b oder § 85 a des Landesbeamtengesetzes oder § 6 a oder 6 b des Landesrichtergesetzes frei werden.

Von der Besetzungssperre kann

- in Fällen des Einzelplans 01 der Präsident des Landtags,
- in anderen Fällen bezüglich des höheren Dienstes die Landesregierung, im übrigen der Finanzminister

weitere Ausnahmen zulassen, wenn sie unabwiesbar sind. Die Landesregierung kann ihre Befugnisse auf den Finanzminister übertragen.

(2) Planstellen, die in den Stellenplänen des Landeshaushalts bei den Eingangsämtern der jeweiligen Laufbahngruppe als künftig wegfallend bezeichnet sind, können mit Einwilligung des Finanzministers in Anspruch genommen werden

- a) zur Anstellung von Beamten nach Ablauf der Probezeit, sofern und soweit andere Planstellen nicht zur Verfügung stehen,
- b) im Geschäftsbereich des Kultusministers zur Führung von Lehrern, deren Ermäßigung der Arbeitszeit oder deren Beurlaubung nach § 85 a des Landesbeamtengesetzes endet, und von Lehrern, die nach § 78 b des Landesbeamtengesetzes zur vollen Arbeitszeit zurückkehren, sofern und soweit andere Planstellen nicht zur Verfügung stehen.

§ 47 Abs. 2 der Landeshaushaltsordnung findet in diesen Fällen keine Anwendung.

(3) Planstellen, die in den Stellenplänen des Landeshaushalts als künftig wegfallend bezeichnet sind, können mit Einwilligung des Finanzministers in Anspruch genommen werden zur Einstellung von Angestellten mit auf höchstens 5 Jahre befristeten Verträgen im Umfang der durch Bewilligung von Teilzeitbeschäftigung und Beurlaubung nach § 78 b des Landesbeamtengesetzes in der Fassung des Vierten Gesetzes zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften vom 18. Dezember 1984 (GV. NW. S. 800) freiwerdenden Stellen; darüber hinaus können Planstellen, die in den Stellenplänen des Landeshaushalts als künftig wegfallend bezeichnet sind, mit Zustimmung des Finanzministers zur Einstellung dann in Anspruch genommen werden, wenn nach Beendigung der Teilzeitbeschäftigung gemäß § 78 b des Landesbeamtengesetzes oder § 6 b des Landesrichtergesetzes entsprechende Planstellen oder Stellen zur Verfügung stehen. § 47 Abs. 2 der Landeshaushaltsordnung findet in diesen Fällen keine Anwendung.

(4) Der Finanzminister wird ermächtigt, mit Einwilligung des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtags im Kapitel 01 010 die für die Inbetriebnahme des Landtagsneubaues erforderlichen Planstellen und Stellen zusätzlich einzurichten.

(5) Die in den vorstehenden Absätzen sowie in § 7 enthaltenen Regelungen zur Stellenbewirtschaftung gelten entsprechend für Anstalten des öffentlichen Rechts, an deren Grundkapital das Land Nordrhein-Westfalen überwiegend beteiligt ist.

§ 8

(1) Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für Zuwendungen im Sinne des § 23 der Landeshaushaltsordnung zur Deckung der gesamten Ausgaben oder eines nicht abgegrenzten Teils der Ausgaben einer Stelle außerhalb der Landesverwaltung (institutionelle Förderung) sind gesperrt, bis der Haushalts- oder Wirtschaftsplan des Zuwendungsempfängers von dem zuständigen Minister gebilligt worden ist.

(2) Bei der Gewährung von Zuwendungen sind die in den Haushalts- oder Wirtschaftsplänen ausgewiesenen Zahlen der für die einzelnen Vergütungsgruppen angegebenen Stellen für verbindlich zu erklären. Außerdem ist den Zuwendungsempfängern bei der Gewährung der Zuwendungen aufzugeben, entsprechend der für die Landesverwaltung vorgeschriebenen Stellenbesetzungssperre (§ 7 a Abs. 1) zu verfahren. Werden Ausgaben oder Verpflichtungsermächtigungen für Zuwendungen von mehreren staatlichen Stellen gewährt, soll zwischen diesen das Einvernehmen über die Verbindlichkeit der Stellenübersichten und über die Anwendung der Stellenbesetzungssperre herbeigeführt werden.

(3) Werden Zuwendungen nicht oder nicht mehr ihrem Zweck entsprechend, unwirtschaftlich oder nicht alsbald nach der Auszahlung verwendet oder werden sonstige mit der Zuwendung verbundene Auflagen nicht erfüllt, kann der Zuwendungsbescheid ganz oder teilweise mit Wirkung auch für die Vergangenheit widerrufen werden. Dies gilt auch, soweit der Zuwendungsbescheid vor Inkrafttreten dieses Gesetzes erlassen worden ist.

(4) Soweit ein Zuwendungsbescheid nach Absatz 3 oder nach sonstigen Rechtsvorschriften mit Wirkung für die Vergangenheit widerrufen, zurückgenommen oder infolge des Eintritts einer auflösenden Bedingung unwirksam wird, ist die Zuwendung, auch soweit sie bereits verwendet worden ist, zurückzuzahlen. Hat der Zuwendungsempfänger die Umstände, die zum Widerruf, zur Rücknahme oder zur Unwirksamkeit des Zuwendungsbescheides geführt haben, nicht zu vertreten, so gelten für den Umfang der Rückzahlung die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches über die Herausgabe einer ungerechtfertigten Bereicherung entsprechend. Auf den Wegfall der Bereicherung kann sich der Zuwendungsempfänger nicht berufen, soweit er die Umstände kannte oder infolge grober Fahrlässigkeit nicht kannte, die zum Entstehen des Rückzahlungsanspruchs geführt haben. Der Rückzahlungsanspruch ist mit seiner Entstehung fällig und von diesem Zeitpunkt an mit 6 vom Hundert für das Jahr zu verzinsen.

(5) Werden Zuwendungen nicht alsbald nach der Auszahlung zur Erfüllung des Zuwendungszwecks verwendet und wird der Zuwendungsbescheid nicht widerrufen oder zurückgenommen, sind für die Zeit bis zur zweckentsprechenden Verwendung Zinsen nach den in Absatz 4 bezeichneten Grundsätzen zu entrichten.

(6) Juristischen Personen des Privatrechts kann durch Verwaltungsakt oder Vertrag die Befugnis verliehen werden, unter staatlicher Aufsicht Verwaltungsaufgaben auf dem Gebiet der Zuwendungen im eigenen Namen und in den Handlungsformen des öffentlichen Rechts wahrzunehmen. Für die Verleihung und Entziehung der Befugnis sowie für die Führung der Staatsaufsicht ist der jeweilige Fachminister zuständig.

§ 9

Der Finanzminister wird ermächtigt, für Ausgaben nach § 6 Abs. 2 in Verbindung mit § 14 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vom 8. Juli 1967 (BGBl. I S. 582), zuletzt geändert durch Artikel 12 des Finanzanpassungsgesetzes vom 30. August 1971 (BGBl. I S. 1426), über den im § 2 dieses Gesetzes festgesetzten Höchstbetrag hinaus weitere Kreditmittel mit einem Erlös bis zum Höchstbetrag von 500 000 000 DM aufzunehmen oder entsprechende Einnahmereste zu bilden.

Der Finanzminister kann ferner zulassen, daß Ausgaben nach § 6 Abs. 2 in Verbindung mit § 14 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft, die bis zum Schluß eines Haushaltsjahres nicht geleistet worden sind, als Ausgabereste auf das nächste Haushaltsjahr übertragen werden.

§ 10

(1) Der Durchschnittsbetrag für die Personalkosten der hauptamtlich oder hauptberuflich tätigen pädagogischen Mitarbeiter nach § 20 Abs. 1 des Ersten Gesetzes zur Ordnung und Förderung der Weiterbildung im Lande Nordrhein-Westfalen (Weiterbildungsgesetz) in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. Mai 1982 (GV. NW. S. 276) wird auf 50 000 DM, der Durchschnittsbetrag für die Zuweisung für eine durchgeführte Unterrichtsstunde nach § 20 Abs. 5 Satz 1 des Weiterbildungsgesetzes wird auf 35 DM, der Durchschnittsbetrag für die Zuweisung für einen durchgeführten Teilnehmertag nach § 20 Abs. 6 Satz 2 des Weiterbildungsgesetzes wird auf 30 DM und der Durchschnittsbetrag für die Zuweisungen bzw. Zuschüsse zu den Teilnehmerkosten nach § 26 des Weiterbildungsgesetzes wird auf 0 DM festgesetzt.

(2) In Abweichung von § 20 Abs. 1 und 2 sowie § 24 Abs. 2 und 3 in Verbindung mit § 20 Abs. 9 und § 24 Abs. 6 des Weiterbildungsgesetzes erstattet das Land Personalkosten bzw. 60 vom Hundert der Personalkosten für hauptamtlich oder hauptberuflich tätige pädagogische Mitarbeiter nur für die Stellen, die im Jahre 1985 besetzt waren und gefördert wurden. Soweit eine Einrichtung 1985 eine Stelle für einen hauptamtlich oder hauptberuflich tätigen pädagogischen Mitarbeiter besetzt hat, für die 2 400 Unterrichtsstunden oder 2 000 Teilnehmertage nicht durchgeführt und nicht gefördert wurden, werden Personalkosten weiter erstattet bis zum nächstmöglichen Freiwerden einer geförderten Stelle; im Jahre 1985 besetzte Stellen können wieder besetzt und gefördert werden, wenn je geförderte Stelle 2 400 Unterrichtsstunden oder 2 000 Teilnehmertage im Jahr durchgeführt werden. Bei Volkshochschulen werden mindestens die Stellen für hauptamtlich oder hauptberuflich tätige pädagogische Mitarbeiter im Rahmen des Mindestangebots gemäß § 20 Abs. 1 des Weiterbildungsgesetzes gefördert. Über Ausnahmen entscheidet der zuständige Fachminister im Einvernehmen mit dem Finanzminister.

(3) In Abweichung von § 20 Abs. 5 und 6 und § 24 Abs. 4 in Verbindung mit § 20 Abs. 9 und § 24 Abs. 6 des Weiterbildungsgesetzes erfolgt die Erstattung für durchgeführte und förderungsfähige Unterrichtsstunden und Teilnehmertage nur bis zur Höhe der in 1983 durchgeführten und geförderten Unterrichtsstunden und Teilnehmertage. Bei Volkshochschulen wird mindestens das durchgeführte Mindestangebot gefördert. Über Ausnahmen hinsichtlich der Erstattung nach der höchsten Jahresfestsetzung seit 1983 oder wegen Erweiterung der Trägerkapazitäten entscheidet der zuständige Fachminister im Einvernehmen mit dem Finanzminister. Für bis zum 31. Dezember 1982 anerkannte Einrichtungen, bei denen 1983 weder 2 400 Unterrichtsstunden noch 2 000 Teilnehmertage gefördert wurden, erfolgt die Erstattung bis zu 2 400 förderungsfähigen durchgeführten Unterrichtsstunden oder bis zu 2 000 förderungsfähigen durchgeführten Teilnehmertagen.

(4) Für die nach dem 31. Dezember 1982 anerkannten Einrichtungen erfolgt im Haushaltsjahr 1986 keine Förderung.

§ 11

Das Gesetz über die Errichtung eines Landesschuldbuches für Nordrhein-Westfalen vom 5. November 1948 (GS. NW. S. 639/ GV. NW. S. 301) findet mit der Maßgabe Anwendung, daß lediglich Buchschulden in das Landesschuldbuch einzutragen sind.

§ 12

Die Vorschriften und Ermächtigungen in § 2 Abs. 4, § 3 Abs. 1 und 4, § 4, § 7, § 7 a, § 8 und § 10 gelten bis zur Verkündung des Haushaltsgesetzes 1987 weiter. Entsprechendes gilt für § 6 Abs. 2.

§ 13

Das Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1986 in Kraft.

101450 17

Anlage 1

**Haushaltsplan
des Landes Nordrhein-Westfalen
für das Haushaltsjahr
1986

Gesamtplan**

Haushaltsübersicht (§ 13 Abs. 4 Nr. 1 LHO)
Finanzierungsübersicht (§ 13 Abs. 4 Nr. 2 LHO)
Kreditfinanzierungsplan (§ 13 Abs. 4 Nr. 3 LHO)

Haushaltsübersicht

	Einnahmen	Einnahmen	Ausgaben	Verpflichtungs- ermächtigungen	Ausgaben
Einzelplan	1986	1985	1986	1986	1985
	(TDM)	(TDM)	(TDM)	(TDM)	(TDM)
01 - Landtag	1 250,3	1 218,0	98 794,3	4 000,0	136 462,2
02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei	2 314,2	2 104,8	96 366,8	4 089,5	83 161,2
03 - Innenminister	384 776,8	429 947,6	3 771 931,0	70 585,0	3 776 739,4
04 - Justizminister	1 007 827,0	1 013 019,0	2 734 462,9	17 909,9	2 644 840,2
05 - Kultusminister	92 971,7	93 486,4	10 785 206,2	26 864,1	10 518 526,3
06 - Minister für Wissen- schaft und Forschung	990 049,5	1 013 247,1	5 526 376,8	159 183,9	5 529 109,3
07 - Minister für Arbeit, Gesundheit u. Soziales	743 751,5	776 717,0	3 773 500,0	660 275,5	3 805 161,9
08 - Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Techno- logie	175 893,7	153 126,0	1 477 418,5	781 855,0	1 814 091,0
09 - Minister für Bundes- angelegenheiten	68,6	64,6	3 737,9	-	3 502,2
10 - Minister für Umwelt, Raumordnung u. Land- wirtschaft	602 938,4	592 751,8	1 650 155,0	552 862,7	1 366 865,9
11 - Minister für Stadtent- wicklung, Wohnen und Verkehr	1 939 394,9	1 933 993,8	5 586 392,0	3 632 576,0	5 907 800,4
12 - Finanzminister	389 041,5	368 729,1	1 917 142,7	37 729,0	1 879 533,1
13 - Landesrechnungshof	138,9	138,9	14 857,2	-	15 469,1
14 - Allgemeine Finanzverwaltung	51 097 485,2	50 270 134,3	19 991 560,9	1 316 360,0	19 167 416,2
Zusammen	57 427 902,2	56 648 678,4	57 427 902,2	7 264 290,6	56 648 678,4

Finanzierungsübersicht

	(Mill. DM)
I. <u>Haushaltsvolumen</u>	57 427,9
II. <u>Ermittlung des Finanzierungssaldos</u>	
1. Ausgaben (ohne Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt)	57 344,0
2. Einnahmen (ohne Einnahmen aus Kreditmarktmitteln und Entnahmen aus Rücklagen)	50 625,9
3. Finanzierungssaldo	- 6 718,1
III. <u>Zusammensetzung des Finanzierungssaldos</u>	
4. <u>Netto-Neuverschuldung am Kreditmarkt</u>	
4.1 Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt (brutto)	14 857,8
4.2 Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt	8 139,7
4.21 darunter gemäß § 2 Abs. 2 Satz 1 Haushaltsgesetz in Verbindung mit § 12 Abs. 1 Satz 2 Haushaltsgrundsätzegesetz	8 055,8
4.3 Netto-Neuverschuldung am Kreditmarkt	6 718,1
5. Einnahmen aus Rücklagen	-
6. Finanzierungssaldo	- 6 718,1
IV. <u>Nachrichtlich</u>	
<u>Ermittlung der Kreditermächtigung für Kreditmarktmittel</u>	
Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt	6 802,0
dazu gemäß § 2 Abs. 2 Satz 1 Haushaltsgesetz in Verbindung mit § 12 Abs. 1 Satz 2 Haushaltsgrundsätzegesetz	8 055,8
Kreditermächtigung	14 857,8

Kreditfinanzierungsplan

	(Mill. DM)
I. <u>Einnahmen aus Krediten</u>	
bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw.	384,5
vom Kreditmarkt	14 857,8
zusammen	15 242,3
II. <u>Tilgungsausgaben für Kredite</u>	
bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw.	204,0
vom Kreditmarkt	8 139,7
zusammen	8 343,7
III. <u>Netto-Neuverschuldung insgesamt</u>	
bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw.	180,5
am Kreditmarkt	6 718,1
zusammen	6 898,6

101450

18

Anlage 2

Übersicht

**über die kreditfinanzierten Ausgaben des
Haushaltsplans 1986**

(§ 18 Abs. 1 LHO)

Von den Haushaltsansätzen des Haushaltsplans 1986 bei den Obergruppen 83 bis 89 werden gedeckt durch Schuldenaufnahmen

	bei Gebietskörper- schaften (TDM)	am Kreditmarkt (TDM)
<u>Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei</u>		
02 020 Allgemeine Bewilligungen	-	2 200
02 050 Landeszentrale für politische Bildung	-	7 100
Summe Einzelplan 02	-	9 300
<u>Einzelplan 03 - Innenminister</u>		
03 020 Allgemeine Bewilligungen	-	180
03 710 Feuerschutz	-	52 133
Summe Einzelplan 03	-	52 313
<u>Einzelplan 05 - Kultusminister</u>		
05 030 Allgemeine überregionale Finanzierungen	-	5 000
05 300 Schulen gemeinsam	-	2 450
05 610 Kirchen, Religionsgemeinschaften und Weltanschauungsvereinigungen	-	95
05 760 Bibliothekswesen	-	700
05 810 Förderung des Sports	-	27 000
05 820 Förderung der bildenden Kunst, der Museen, der Musik und des Schrifttums	-	2 170
05 830 Förderung von Theater, Film und Bild	-	50
Summe Einzelplan 05	-	37 465
<u>Einzelplan 06 - Minister für Wissenschaft und Forschung</u>		
06 020 Allgemeine Bewilligungen	-	23 805
06 030 Allgemeine überregionale Finanzierungen	-	214 200
06 040 Forschungsförderung	-	15 478
06 112 Medizinische Einrichtungen der Universität Bonn	-	26 222
06 122 Medizinische Einrichtungen der Universität Münster	-	17 898
06 131 Universität Köln	-	2 045
06 132 Medizinische Einrichtungen der Universität Köln	-	31 796
06 142 Medizinische Einrichtungen der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen	-	44 231
06 152 Medizinische Einrichtungen der Ruhr-Universität Bochum	-	255
06 172 Medizinische Einrichtungen der Universität Düsseldorf	-	39 894
06 212 Medizinische Einrichtungen der Universität - Gesamt- hochschule - Essen	-	68 396
06 250 Universität-Gesamthochschule-Wuppertal	-	4 729
06 550 Staatliche Hochschule für Musik Ruhr	-	466
Summe Einzelplan 06	-	489 415

		bei Gebietskörper- schaften (TDM)	am Kreditmarkt (TDM)
Einzelplan 07 - Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales			
07 020	Allgemeine Bewilligungen	-	14 250
07 040	Altenhilfe und soziale Hilfen	-	63 300
07 050	Familienhilfe, Jugendhilfe und soziales Ausbildungswesen	-	51 940
07 060	Landesmaßnahmen für Vertriebene, Deutsche aus der DDR, Heimkehrer sowie heimatlose Ausländer und ausländische Flüchtlinge	-	8 900
07 070	Krankenhausförderung	-	875 615
07 080	Maßnahmen für das Gesundheitswesen	-	21 404
07 090	Kriegsopferfürsorge und Sozialhilfe	4 220	-
07 310	Ausführungsbehörde für Unfallversicherung des Landes Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf	-	100
07 320	Zentralstelle für den Bergmannsversorgungsschein in Gelsenkirchen	-	70
07 430	Staatsbad Oeynhausen	-	4 325
Summe Einzelplan 07		4 220	1 039 904
Einzelplan 08 - Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie			
08 030	Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes	-	153 350
08 040	Wirtschaft-Technologieprogramm Nordrhein- Westfalen und rationelle Energieverwendung	-	78 591
08 050	Förderung des Bergbaues und der Energiewirtschaft	-	37 500
08 080	Förderung der Luftfahrt	-	19 921
Summe Einzelplan 08		-	289 362
Einzelplan 10 - Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft			
10 020	Allgemeine Bewilligungen	-	14 550
10 030	Agrarwirtschaft, Forstwirtschaft, Naturschutz und Landschaftspflege	-	145 106
10 040	Marktstruktur und Verbraucherangelegenheiten	-	1 600
10 050	Wasserwirtschaft und Abfallwirtschaft	-	244 949
10 060	Immissionsschutz	-	103 000
10 170	Landwirtschaftskammern Rheinland in Bonn und Westfalen-Lippe in Münster und Direktoren der Landwirtschaftskammern Rheinland und Westfalen- Lippe als Landesbeauftragte	-	2 347
Summe Einzelplan 10		-	511 552

	bei Gebietskörper- schaften (TDM)	am Kreditmarkt (TDM)
Einzelplan 11 - Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr		
11 040 Angelegenheiten der Stadtentwicklung, des Bauwesens und der Freizeit	-	68 058
11 050 Darlehen und Zuschüsse für den Wohnungsbau	376 900	50 150
11 060 Zusätzliche Maßnahmen zum Wohnungsbau	3 380	599 978
11 070 Denkmalpflege	-	23 700
11 460 Allgemeine Bewilligungen - Verkehr -	-	500
11 470 Förderung der Eisenbahnen und des öffentlichen Nahverkehrs	-	406 626
11 490 Förderung der Schifffahrt	-	39 430
11 500 Straßen- und Brückenbau	-	967 215
Summe Einzelplan 11	380 280	2 155 657
Einzelplan 14 - Allgemeine Finanzverwaltung		
14 030 Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, Finanz- ausgleich mit den Gemeinden und Gemeindeverbänden (Steuerverbund) und sonstige Leistungen	-	1 363 600
14 610 Kapitalvermögen	-	79 080
Summe Einzelplan 14	-	1 442 680
Summe insgesamt	384 500	6 027 648
dazu		
Ausgabenansätze der Hauptgruppe 7 und der Obergruppen 81 und 82	-	690 500
zusammen	384 500	6 718 148
dazu		
im Haushaltsplan 1986 veranschlagte Tilgungsausgaben am Kreditmarkt	-	83 852
zusammen	384 500	6 802 000
Gesamtsumme		7 186 500

BegründungZu § 1

Die Abschlußzahlen ergeben sich aus dem Gesamtplan (Anlage 1).

Zu § 2

In Absatz 1 sind die Worte "mit einem Erlös" gestrichen worden. Die Änderung ist eine zwangsläufige Folge aus der ab dem Haushaltsjahr 1986 vorgesehenen Bruttoveranschlagung von Krediten und der gleichzeitigen Ausbringung von Ausgabenansätzen für Disagio.

Im übrigen enthält Absatz 1 die Ermächtigung, Kredite zur Deckung von Ausgaben aufzunehmen. Von dem in Absatz 1 genannten Betrag von 7 186 500 000 DM sollen 384 500 000 DM vom Bund und 6 802 000 000 DM auf dem Kreditmarkt beschafft werden.

Die Absätze 2 bis 4 sind unverändert.

Zu § 3

Die Vorschrift ist mit Ausnahme von Abs. 1 b) unverändert. Die Ermächtigung zur Bürgschaftsübernahme für Kredite an die Land- und Forstwirtschaft nach Abs. 1 b) ist um 30 Mio DM gegenüber dem Vorjahr auf 35 Mio DM erhöht worden. Im Zuge der Realisierung der Vorhaben zur Nutzung von Abwärme in Kraftwerken durch zu errichtende Gartenbaubetriebe wird mit vermehrten Bürgschaftsanträgen gerechnet.

Zu § 4

In Absatz 1 ist der zur Erfüllung der Deckungsvorsorge vorgesehene Betrag um 10 Mio DM gegenüber dem Vorjahr auf 106 Mio DM erhöht worden (Landesanteil 10 v.H., Bundesanteil 90 v.H.), weil sich der Bedarf für Anlagen-, Lager- und Umgangsgenehmigungen steigern wird.

Die Absätze 2 bis 5 sind unverändert.

In Absatz 6 ist die Verpflichtung zur Übernahme von Ersatzansprüchen auf die neue Dauerleihgabe des Bildes "White Flag" von Jasper Johnes ausgedehnt worden.

Zu § 5

Die Vorschrift ist unverändert.

Zu § 6

Die Vorschrift ist unverändert.

Zu § 7

Die Absätze 1 bis 3 sind unverändert.

In Absatz 4 ist für Zeiträume, für die aus Planstellen oder Stellen vorübergehend keine Dienstbezüge zu gewähren sind, die Beschäftigungsmöglichkeit auf die Einstellung von Hilfskräften (bisher nur Aushilfskräfte) erweitert worden. Hierdurch sollen die Überbrückungsmöglichkeiten für Ausfallzeiten bei Planstellen und Stellen für Richter und Beamte verbessert werden.

Absatz 5 ist unverändert.

In Absatz 6 wird die Vorschrift über die Umsetzungsmöglichkeiten von Planstellen für Lehrer auf alle Planstellen mit "kw-Vermerk" erweitert. Hierdurch wird erreicht, daß auch Planstellen mit "kw-Vermerken" aus den Vorjahren umgesetzt werden dürfen.

Die Absätze 7 bis 11 sind unverändert.

Zu § 7 a

Die Absätze 1 und 2 sind unverändert.

In Absatz 3 ist die Inanspruchnahme von Planstellen, die in den Stellenplänen als künftig wegfallend bezeichnet sind, bei Maßnahmen nach § 78 b des Landesbeamtengesetzes oder § 6 b des Landesrichtergesetzes auf die Einstellung von Ersatzpersonal erweitert worden, sofern die Einstellungen nicht zur Ausweitung des Stellenplans führen.

Die Absätze 4 und 5 sind unverändert.

Zu § 8

Die Vorschrift ist unverändert.

Zu § 9

Die Vorschrift ist unverändert.

Zu § 10

Absatz 1 ist unverändert.

In Absatz 2 ist die Jahreszahl fortgeschrieben worden.

Absatz 3 ist unverändert.

Absatz 4 schließt die Förderung der nach dem 31.12.1982 anerkannten Einrichtung auch für das Haushaltsjahr 1986 aus.

Zu § 11

Die Vorschrift ist unverändert.

Zu § 12

Die Vorschrift ist unverändert.

Zu Anlage 2

Summe der im Haushaltsplan veranschlagten Investitionsausgaben
(Hauptgruppen 7 und 8) gemäß
Art. 83 Satz 2 LV

8 738,2 Mill. DM

hiervon ab:
Zuweisungen für Investitionen aus
dem öffentlichen Bereich
(Obergruppe 3)

1 580,8 Mill. DM
7 157,4 Mill. DM

Für die Deckung dieser Ausgaben
sind vorgesehen:

Einnahmen aus Krediten (netto)
Allgemeine Einnahmen des Landes

6 898,6 Mill. DM
258,8 Mill. DM
7 157,4 Mill. DM

Nach Anlage 2 zum Haushaltsgesetz 1986 sind Haushaltsansätze der Hauptgruppe 7 und der Obergruppe 81 bis 89 für eine Finanzierung aus Kreditmarktmitteln vorgesehen, soweit nicht Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen des Bundes und sonstiger Stellen für die Maßnahmen zur Verfügung stehen. Innerhalb der Kapitel sind die einzelnen Maßnahmen aus den im Haushaltsplan 1986 bei der Hauptgruppe 7 und den Obergruppen 81 bis 89 veranschlagten Titeln zu entnehmen.